

## 2.1 Allgemeine Angaben zum Teilprojekt B6

### 2.1.1. Titel: Folgen des Sozialstaatsumbaus für den Parteienwettbewerb

#### 2.1.2. Projektleitung

Prof. Dr. Philip Manow  
geb. 22.07.1963, deutsch  
Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik (jetzt SOCIUM)  
Mary-Somerville Str. 5, 28359 Bremen  
Tel.: 0421/ 218-58580, E-Mail: manow@uni-bremen.de

## 2.2 Entwicklung des Teilprojekts

### 2.2.1. Bericht

#### a) Kenntnisstand und Ausgangsfragestellung bei der letzten Antragstellung

In dem Teilprojekt werden seit 2012 die Folgen des Sozialstaatswandels für westeuropäische Parteiensysteme untersucht. Die Forschung zum Wandel der Parteiensysteme betont oft gleichförmige, langfristige Gesellschaftstrends als Ursache; sie vernachlässigt dabei, dass der Wohlfahrtsstaat diese sozialen Prozesse stark beeinflusst. Die vergleichende Sozialpolitikforschung ihrerseits konzentriert sich darauf, welche Rolle die Parteien in der Entwicklung von Sozialstaaten spielen, also auf ihre Bedeutung als unabhängige Variable. Wie Sozialstaatsreformen auf den Parteienwettbewerb zurückwirken und ihn verändern, kommt bislang weder in der einen noch in der anderen Perspektive systematisch in den Blick. In unserem Teilprojekt verbinden wir die Erkenntnisse der beiden genannten Forschungsstränge, indem wir die Folgen des Sozialstaatsumbaus für den Parteienwettbewerb untersuchen. Wir fragen, wie sich der Sozialstaatsumbau auf die Parteipräferenzen in der Wählerschaft auswirkt und wie er dadurch das Parteiensystem und den politischen Wettbewerb beeinflusst. Dabei interessieren wir uns sowohl für den Wandel der ökonomischen wie auch der kulturellen Dimension des politischen Wettbewerbs und die Veränderung der damit verbundenen Konfliktlinien. Aufgrund des wirtschaftlichen Wandels und des Wertewandels schwächen sich traditionelle Konfliktlinien (Staat-Kirche, Arbeiter-Kapital) ab. Im Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft entstehen stattdessen neue Wählergruppen mit neuartigen sozialpolitischen Interessen. Mit dem Intensitätsverlust des Kirche-Staat Konflikts sortieren sich ebenfalls Wählergruppen neu. Insbesondere die neuen sozialpolitischen Interessen von Frauen werden dabei relevant. Die Folgen der Erosion traditioneller Konfliktlinien werden jedoch sozialstaatlich aufgefangen und vermittelt.

Entsprechend wichtig für das Teilprojekt ist die politische Repräsentation von Interessen von Frauen und ihre Auswirkung auf den politischen Wettbewerb, stellen Frauen doch sowohl einen Großteil der neuen Dienstleistungsklasse wie auch der alten kirchengebundenen Wählerschaft dar (Morgan 2013). Der strukturelle Wandel schlägt sich insbesondere in einer verstärkten Erwerbstätigkeit von Frauen nieder, was ihre Interessenlage bezüglich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik grundlegend verändert. Jedoch unterscheiden sich die Politiken, die auf die steigende Frauenerwerbstätigkeit reagieren, nach Wohlfahrtsregimen (Esping-Andersen 1999; Orloff 1996; Morgan 2005).

#### b) Ergebnisse sowie angewandte und ggf. neu entwickelte Methoden

Während wir für die Erhebung der generellen Parteipositionen in der links/rechts-Dimension und in einer zweiten Wertedimension auf die Daten des Bremer ParlGov-Vohabens zurückgreifen konnten ([Döring & Manow 2014](#)), hatten wir für policy-spezifische Parteipositionen keine bestehenden Datensätze zur Verfügung. Statt der noch im Antrag beabsichtigten Experteninterviews entschieden wir uns für eine andere Erhebungsmethode, da wir auf sehr differenzierte und inter-subjektiv replizierbare Daten zur Erhebung der Parteienposition angewiesen waren. Wir erhoben daher die Parteienpositionen anhand von Aussagen von und über Parteien in der nationalen Wahlkampfberichterstattung im Zeitraum von 2 Monaten vor der wichtigsten nationalen Wahl. Wir griffen dabei auf die inhaltsanalytische Methode der Kernsatzkodierungen (s. Kriesi u.a. 2008; Kleinnijenhuis & Pennings 2001) zurück. Für die Kodierarbeit haben wir ein Kodierschema und eine Filemaker-Eingabemaske erstellt, die alle relevanten Variablen enthalten. Die Ko-

## Parteienwettbewerb

dierenden haben alle Sätze erhoben, welche Statements von Parteien zu einem relevanten Politikbereich (insbesondere zur Arbeitsmarkt- und Familienpolitik) enthielten. An dieser Arbeit waren fünf Kodierende beteiligt (Hanna Schwander und vier studentische Hilfskräfte). Mit einem Test stellten wir Interkodierer-Reliabilität sicher und konnten systematische Fehler vermeiden. Anschließend rekodierte Hanna Schwander die erhobenen Sätze in ihrer arbeitsmarkt- und familienpolitischen Ausrichtung und ihren distributiven und beschäftigungswirksamen Konsequenzen.

Für die Analyse der elektoralen Auswirkungen der wichtigsten Wohlfahrtsstaat- und Arbeitsmarkt-reform der letzten Jahrzehnte, der Agenda 2010, griffen wir nicht wie sonst in der Literatur üblich auf Umfragedaten zurück, sondern untersuchten das Wahlgeschehen auf Kreisebene anhand von Bundestagswahldaten, welche wir mit umfangreichen ökonomischen und sozialen Strukturindikatoren verbanden. Die Daten ermöglichen es uns, Parteistimmenanteile in Beziehung zu sehr detaillierten ökonomischen und sozio-strukturellen Merkmalen des Kreises zu setzen. Das Problem der oftmals fehlenden sozio-ökonomischen Information in Wahlumfragen stellte sich daher für uns nicht. Das Gleiche gilt für das Problem der Repräsentativität, sind doch die uns besonders interessierenden marginalisierten Gruppen nicht nur in absoluten Zahlen relativ klein, sondern im Regelfall in Umfragen auch deutlich unterrepräsentiert. Unser Ansatz bietet den zusätzlichen Vorteil, dass wir den Effekt der Wahlenthaltung auf das Abschneiden der sozialdemokratischen Partei direkt berücksichtigen können, indem wir den Stimmenanteil der SPD auch ins Verhältnis zur Zahl der Wahlberechtigten setzen.

*Die elektoralen Auswirkungen der Agenda 2010 auf die Sozialdemokratische Partei (Philip Manow und Hanna Schwander):* Die Literatur zu den elektoralen Folgen des Sozialstaatsumbaus lässt erwarten, dass die SPD vor allem bei den Reformverlierern an Unterstützung verloren hat. Dies führt zur Frage, wer denn zu den Verlierern der Hartz-Gesetze gezählt werden kann. Die Debatte über die Auswirkungen und konkreten Folgen der Agenda 2010 ist noch im Gange, nichtsdestotrotz können bestimmte Gruppen als Verlierer ausgemacht werden. Zu ihnen gehören die (qualifizierten) Industriearbeiter, welche mit der Agenda 2010 eindeutige Verschlechterungen ihrer Position hinnehmen mussten. Insbesondere die strengereren Zumutbarkeitskriterien für die Wiederaufnahme einer Stelle und die Verringerung der Bezugsdauer der lohnabhängigen Arbeitslosenentschädigung bedeuten den Verlust ihrer zuvor privilegierten Stellung innerhalb des Deutschen Wirtschaftsmodells (Thelen 2004). Zu den Verlierern zählen wir auch Arbeitslose im allgemeinen, insbesondere ältere Arbeitslose, sowie Geringqualifizierte in regulärer Beschäftigung, die vom wachsenden Niedriglohnsektor unter Druck gesetzt werden. Langzeitarbeitslose hingegen sind nicht auf eine eindeutige Art zu Gewinnern oder Verlierern zu erklären, da die Agenda sowohl negativ wie auch positiv auf diese Gruppe wirkt (‘fördern und fordern’).

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Agenda 2010 in der Tat nachteilige Auswirkungen auf das Wahlergebnis der sozialdemokratischen Partei hatte, und zwar sowohl in direkter als auch in indirekter Weise. Als direkte Wirkung verlor die SPD in den beiden ersten Wahlen nach der Umsetzung der Reformen überproportional in Regionen mit hohen Anteilen von Agenda-Verlierern. Diese direkten Folgen waren jedoch insofern zeitlich begrenzt, als 2009 keine gruppenspezifischen Effekte mehr festgestellt werden konnten. Dauerhafter sind die indirekten Auswirkungen der Agenda 2010 auf Parteienwettbewerb und Parteienkonfiguration. Wir argumentieren, dass die spezifische Konstellation des deutschen Parteiensystems ohne linke Konkurrenz zur Sozialdemokratischen Partei die Bereitschaft der Sozialdemokraten, eine solch tiefgreifende Reform des Deutschen Sozialstaats durchzuführen, erklärt. Doch hat sich die Agenda 2010 in kurzfristige Wahlverluste übersetzt, die es einer neuen sozialistischen Partei, die Linke, ermöglichte, sich dauerhaft im Parteiensystem links von der SPD zu etablieren. Als sich die Christdemokraten von ihrem neo-liberalen Kurs abwandten und wieder in der politischen Mitte positionierten, sah sich die SPD zwischen einer wohlfahrtsstaatsfreundlichen CDU und einer linken Partei eingeklemmt, was unmittelbar negative Folgen für die Wahlchancen der SPD hatte und wohl auch längerfristig haben wird. Außerdem zeigen unsere Ergebnisse, dass die Agenda 2010 einen großen Teil der ehemaligen SPD-Wähler politisch entfremdet hat. Diese Entfremdung größerer Teile der Gesellschaft von der Politik stellt die Legitimität der politischen Eliten und des Staats ebenso in Frage wie der Wahlentscheid für radikale und regimekritische Parteien in anderen Ländern (Schwander & Manow 2014).

*Die Messung der Parteienideologie in der Wohlfahrtsstaatsforschung (Hanna Schwander in Zusammenarbeit mit Holger Döring):* Wie sich der ökonomische Wandel auf den Parteienwettbewerb und die ideologische Ausrichtung von Parteien auswirkt, ist eine der grundlegenden Fragen des Teilprojekts. Während die programmatisch-ideologische Neuausrichtung gerade von sozialdemokratischen Parteien mit entsprechen-

der Konsequenz für die Zusammensetzung ihrer Wählerschaft in der Parteien- und Wahlforschung ein großes Thema ist, hat dieser Wandel noch kaum Eingang in die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung und die politische Ökonomie gefunden. So wird die Stärke der politischen Linken noch immer anhand des „Anteils der sozialdemokratischen Kabinettsitze“ gemessen. Diese Messung vernachlässigt jedoch, dass sich die Ideologie von Parteien über die Zeit gewandelt hat und zwischen Parteien in verschiedenen Ländern variiert. Zudem beeinflussen die Koalitionspartner von linken Regierungen deren Kapazität, ihre bevorzugte Politik auch umzusetzen, eine Einschränkung die aufgrund der stärkeren Fragmentierung von Parteiensystemen und 'unorthodoxen' Regierungszusammensetzungen zunehmend an Gewicht gewinnt. Wir schlagen eine neue Messung vor, die diesen Entwicklungen Rechnung trägt und die ideologische Orientierung der linken Partei wie auch diejenige ihrer Koalitionspartner berücksichtigt (Döring & Schwander 2015). Damit überwindet unsere Messung das starre Label von Parteienfamilien, indem sie Forschern ermöglicht, die ideologische Position von Parteien für denjenigen Politikbereich zu berechnen, auf die sich ihre aktuelle Fragestellung bezieht.

Um die jüngsten Fortschritte der Parteienforschung in der Erhebung von Parteienpositionen auch Forschern der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung und politischen Ökonomie bekannt zu machen, diskutieren wir die Vor- und Nachteile von verschiedenen Datengrundlagen zur Messung von Parteienpositionen (Massenumfragen, Expertenumfragen und die Kodierung politischer Dokumente) sowie von Datenquellen für die Kabinettszusammensetzung. Wir zeigen wie diese Daten in einem einzigen Indikator zusammengefasst werden können, der die ideologische Position der Regierungsparteien in einem bestimmten Politikbereich und ihre Macht innerhalb des Kabinetts berücksichtigt. Ein Aufsatz von Döring und Manow (2016) – „Is Proportional Representation More Favourable to the Left? Electoral Rules and Their Impact on Elections, Parliaments and the Formation of Cabinets“ – wird in dem besonders angesehenen *British Journal of Political Science* erscheinen.

*Die politische Repräsentation von Frauen und der sich wandelnde politische Wettbewerb (Hanna Schwander und Philip Manow, in Kooperation mit Patrick Emmenegger):* Unsere Arbeiten zur Repräsentation der sozialpolitischen Interessen von Frauen und ihren Auswirkungen auf den politischen Wettbewerb sind noch nicht abgeschlossen. Bisher hatten wir uns primär auf die Bedeutung des religiösen Cleavages zur Erklärung der Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Männern und Frauen (*Gender Vote Gap*) konzentriert. In Emmenegger und Manow (2014) wird anhand von Umfrage-Daten – wie dem *Eurobarometer* und dem *World Value Survey* – gezeigt, dass die abnehmende Bedeutung des religiösen Cleavage einen Großteil der temporalen wie der internationalen Variation des traditionellen wie des modernen *Gender Vote Gaps* erklärt, also des ehemals konservativeren und heute progressiveren Wahlverhaltens von Frauen im Vergleich zum Wahlverhalten von Männern. Weil Frauen wegen ihrer abnehmenden Bindung an konfessionelle Parteien zunehmend zur ungebundenen Wählerschaft gehören, wird die Differenzierung des weiblichen Elektorats nach der beruflichen und familiären Stellung und dem Qualifikationsniveau sowie die Positionierung der Parteien in relevanten familien- und sozialpolitischen Themen direkt in die Untersuchung integriert (Schwander 2014). Wir erwarten, dass Parteien nun versuchen, das weibliche Elektorat *sozialpolitisch* anstatt wie früher über Werte zu mobilisieren. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt untersuchen wir, in welchen Ländern und in welchem Umfang Frauen in verschiedenen beruflichen und familiären Konfigurationen unterschiedliche politische Präferenzen entwickelt haben. Es zeigt sich, dass Frauen unabhängig von ihren beruflichen und familiären Konfigurationen stärkere Präferenzen für linke Policies aufweisen, aber dass dies für Hausfrauen im besonderen Maße gilt. In einem zweiten Schritt analysieren wir die Reaktionen der Parteien anhand ihrer familienpolitischen Programmatik, die ein zentrales Politikfeld zur Mobilisierung von Frauen anspricht. Wir verfolgen die programmatische Re-Konfiguration der Parteien um ein Modell der progressiven Familienpolitik oder um das traditionelle Familienmodell. Deutschland gilt uns als beispielhafter Fall für das konservative Familienmodell und Frankreich als der kontrastierende Fall eines progressiveren Modells. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Familienpolitik in den letzten Jahrzehnten polarisierter und umstrittener geworden ist, wobei vor allem konservative Parteien und insbesondere die CDU in Deutschland einen Modernisierungsprozess durchlaufen haben. In einem letzten Schritt verbinden wir die Partei-Konfiguration und die Änderungen in den Einstellungen durch die Analyse des Wahlverhaltens von Frauen in verschiedenen Konstellationen von Familie und Beruf mit dem *European Social Survey*. Dabei zeigt sich, dass die länderspezifische Interaktion zwischen individuellen Präferenzen, der programmatischen Ausrichtungen von Parteien und dem Wahlverhalten zentral ist um zu erklären, welche Bindungen zwischen Frauen und Parteien bestehen.

## Parteienwettbewerb

*Der Modus des Parteienwettbewerbs und die strategische Konfiguration der Parteien (Philip Manow):* In unseren Untersuchungen stellte sich heraus, dass die Strategie von Parteien, Wählergruppen über sozialstaatliche Reformen neu an sich zu binden bzw. alte zu halten, entscheidend von der „strategischen Konfiguration der Parteien“ (Kitschelt 2001), wie auch vom Modus des Parteienwettbewerbs – ob er also eher programmatisch oder klientelistisch ist (vgl. Kitschelt & Wilkinson 2007) – abhängt. Klientelistische Wohlfahrtsstaatspolitik findet sich vor allem dort, wo die Polarisierung des politischen Wettbewerbs in der Vergangenheit zur strikten Separierung von Wählergruppen führte. Sozialpolitik hatte dann keine Median- und Wechselwählerorientierung, da es aufgrund tiefer ideologischer Spaltungen keine „swing voter“ in nennenswertem Umfang gab. Sozialpolitik belohnte primär eigene „core voter“ (Cox 2009). Dies trifft insbesondere für die lange Zeit von einem starken pro-/antiklerikalen Konflikt geprägten Parteiensysteme Südeuropas zu (Manow 2013, 2015). Hier dient Sozialpolitik historisch nicht als Mittel der Wählerbindung, sondern zur Belohnung derjenigen Wähler, die ohnehin schon an die Partei gebunden waren. Die aufgrund nachlassender ideologischer Konfrontation zunehmend erfolgende Umstellung von einer klientelistisch zu einer programmatisch ausgerichteten Parteienkonkurrenz stellt also für diese Systeme eine besondere Herausforderung dar. Hinsichtlich der programmatischen Positionierung der Parteien hat dieser Wandel eher zentristische Effekte. Sie sind jedoch dort schwächer, wo eine frühere Polarisierung zur Verankerung radikaler, insbesondere kommunistischer Parteien im jeweiligen Parteiensystem geführt hat (Manow 2013, 2015).

Ein weiterer Output des Teilprojekts wird die Veröffentlichung eines Sammelbands über *Political Competition and Voter-Party Links in Times of Welfare State Change* mit Beiträgen namhafter internationaler Wissenschaftler sein. Als Auftakt veranstalteten Hanna Schwander und Philip Manow mit Bruno Palier (Sciences Po) vom 25.-26. September 2014 eine Sfb-finanzierte Tagung. Ein zweites Treffen ist vom 19.-20. Juni 2015 am European University Institute in Florenz geplant (Finanzierung: EUI und Sciences Po). Ausgangspunkt des Bandes sind die tiefgreifenden Veränderungen der wohlfahrtstaatlichen Systeme in postindustriellen Gesellschaften, die eine traditionelle Mobilisierung der Kernwählerschaft über den Wohlfahrtsstaat, wie sie im goldenen Zeitalter des Wohlfahrtsausbaus üblich war, verunmöglichen. Diese Transformation des Wohlfahrtsstaates wird bisher kaum in der Forschung zum Parteienwettbewerb behandelt. Dies überrascht umso mehr als der Konflikt um den Wohlfahrtsstaat als *der* zentrale Konflikt im Parteienwettbewerb gilt und es daher Grund zur Annahme gibt, dass die grundlegenden sozialpolitischen Veränderungen auch den Parteienwettbewerb verändern. Bürger, die sich als Verlierer von Reformen sehen, können etwa zunehmend extreme Parteien an den Rändern des Parteienspektrums wählen oder sich bei der Wahl enthalten, was zu einer stärkeren Polarisierung des Parteiensystems, aber auch zu einer geringeren Regierungslegitimität führen kann, da sich größere Wählerschaften nicht mehr vertreten sehen. Angesichts des Ausmaßes des Sozialstaatsumbaus in den letzten Jahrzehnten, der durch die andauernde Wirtschaftskrise verstärkt wird, und der Bedeutung des Sozialstaats für die materielle Absicherung des Bürgers, für den politischen Wettbewerb und für die Identität der Parteien, werden in diesem Band die Folgen für diverse Aspekte des politischen Wettbewerbs dargestellt. Dazu zählen das Wahlverhalten traditioneller und neuer Wählergruppen, der Parteienwettbewerb und seine Polarisierung, die Struktur des politischen Wettbewerbs sowie die Anpassungsstrategien von Parteien an die veränderten Umweltbedingungen.

Mit einer Inhaltsanalyse der Medienberichterstattung zu nationalen Wahlkampagnen in den 1990er und 2000er Jahren untersuchte Hanna Schwander die Transformation der wirtschaftlichen Dimension des politischen Wettbewerbs in Deutschland und der Schweiz. Das Hauptargument lautet: Neue distributive Konflikte – insbesondere Konflikte in der Orientierung des Wohlfahrtsstaates auf passive Kompensation oder Aktivierung oder zur Inklusivität des Wohlfahrtsstaates – verändern die ökonomische Dimension des politischen Wettbewerbs, machen sie aber nicht obsolet. In einem Beitrag zum Workshop „Disenchanted Swiss Democracy“ in Zürich 2014 untersucht Hanna Schwander die Positionierung der Parteien in den neuen Konfliktlinien. Ihr Hauptergebnis: Die Positionierungen der Parteien entsprechen nur noch bedingt den traditionellen Links-Rechts Positionierungen.

### c) Probleme und Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Arbeitsprogramms

Sowohl die Erhebung der Kerndatensätze wie auch ihre anschließende Kodierung zu Parteienpositionen waren deutlich zeitaufwändiger als erwartet. Zudem ergaben sich beispielsweise für Italien trotz Nachkodierung nicht genügend Aussagen zur familienpolitischen Orientierung von Parteien, so dass Italien aus

der Untersuchung der politischen Repräsentation von Frauen und ihren Auswirkungen auf den politischen Wettbewerb ausgeschlossen werden musste.

Das Teilprojekt sah sich ebenfalls mit erheblichen methodischen Problemen bei der Analyse von Regionaldaten konfrontiert (*ecological fallacy*), und zwar mit dem überraschenden Befund, dass für dieses Problem bislang keine der konventionellen Statistik-Software-Pakete standardisierte Lösungen vorhält.

#### **d) Bezüge zu und Kooperationen mit anderen Teilprojekten im Sonderforschungsbereich**

Wegen des ausdrücklichen Schwerpunkts auf Parteien ergänzte das Teilprojekt den Sfb in zentraler Weise: In der dritten Förderphase untersuchte kein Teilprojekt Parteipolitik. Das gilt auch für die B-Säule, in der einerseits politische Eliten (insbesondere aus nationalen Regierungen und Internationalen Organisationen) und wirtschaftliche (Gegen-)Eliten (Teilprojekt B1), andererseits die politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger (Teilprojekt B3) im Vordergrund standen. Da Parteien zentral für die repräsentativen Demokratien der OECD-Welt sind, ergänzt ein Teilprojekt zur Parteipolitik den Projektbereich B sinnvoll, indem eine weitere Gruppe von Akteuren in den Blick kam. Dies gilt umso mehr, als die Repräsentation sozialer Interessen durch Parteien und die Struktur von Parteiensystemen – gerade was extreme Parteien betrifft – sich massiv auf die demokratische Legitimität post-industrieller Staaten auswirken. Unsere Untersuchung teilt mit den anderen Teilprojekten der B-Säule die Annahme, dass der Wandel des Wohlfahrtsstaats für das politische System zentral ist. Diese ergänzende Funktion des Teilprojekts B6 spiegelt sich auch in dem Beitrag von Hanna Schwander (2015) zum Sfb-Sammelband zu *Welfare State Transformations in the 21<sup>st</sup> Century* wider: Sie untersucht dort für Kontinentaleuropa die Auswirkungen der Reformen des Sozialstaats und der Arbeitsmarktpolitik auf die Struktur und Entwicklung von Arbeitsmarktungleichheiten. Außerdem verfasste Hanna Schwander zusammen mit Lukas Fervers aus dem Teilprojekt C1 (Fervers & Schwander 2015) einen Artikel, in dem im europäischen Vergleich die wirtschaftlichen Nachteile von Outsidern in Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat und von Sozialpartnerschaft sowie ihrer sozio-ökonomischen Zusammensetzung dargestellt wird. Die zentrale Erkenntnis des Artikels lautet: Die Nachteile variieren nicht gemäß der sozio-ökonomischen Zusammensetzung der Outsidergruppe, sondern entsprechend der institutionellen Variation zwischen den Ländern.

#### **e) Vergleiche mit Arbeiten außerhalb des Sonderforschungsbereichs**

Unser Teilprojekt liegt an der Schnittstelle von Parteienforschung, Sozialstaatsforschung und Forschung zu politischen Einstellungen und Wahlverhalten. Während in der bisherigen Forschung vor allem der Effekt von Parteienwettbewerb betrachtet wurde, gehört unser Teilprojekt in die Reihe neuerer Forschungsergebnissen, die sich mit dem Effekt von Sozialstaatswandel auf den Parteienwettbewerb befassen. So hat Christoph Arndt (2013) den Effekt von Sozialstaatsreformen auf die Wählerschaft der sozialdemokratischen Parteien in England, Deutschland, Schweden und Dänemark untersucht. Ebenso zeigen Karreth, Polk und Allen (2012), dass sich eine Re-orientierung in die Mitte für sozialdemokratische Parteien nur kurzfristig elektoral auszahlt. Diese Arbeiten beruhen jedoch auf Daten auf der Individualebene, während wir auf Daten auf der Ebene der administrativen Kreise in Deutschland zurückgreifen können, was Probleme der oftmals fehlenden sozio-ökonomischen Information, der Unterrepräsentation sozial schwacher Gruppe sowie Probleme der sozialen Erwünschtheit, wenn es um politische Teilhabe geht, löst. Zudem wurde bisher der Einfluss der abnehmenden Bedeutung des Religion-Staat Konfliktes noch wenig berücksichtigt.

In unserem Buchvorhaben *Political Competition and Voter-Party Links in Times of Welfare State Change* weiten wir den analytischen Blickwinkel und analysieren den Effekt des Sozialstaatswandels nicht nur auf den Parteienwettbewerb, sondern auch auf politischen Wettbewerb im Allgemeinen, seine Struktur, Wähler-Parteien Beziehungen und die Identität von Parteien. Damit verbinden die Beiträge von namhaften, internationalen Wissenschaftlern Erkenntnisse der Forschung des Sozialstaatswandels mit Erkenntnissen der Parteienforschung sowie der Forschung von politischen Einstellungen und Wahlverhalten.

Aus unseren Arbeiten über die elektoralen Auswirkungen der Agenda 2010 Reform ergab sich eine Kooperation mit Prof. Armin Schäfer (Oldenburg) über die sozio-ökonomischen Faktoren der Wahlenthaltung in den Bundestagswahlen 2005, 2009 und 2013, die sich demnächst in ersten Publikationen niederschlagen wird.

## 2.2.2. Teilprojektrelevante eigene Publikationen (vornehmlich aus der letzten Phase)

In 2.2.1. sind diese Ergebnisse unterstrichen. Verfasser in [Klammern] sind keine Sfb-Mitarbeiter.

### (I.) Begutachtete Beiträge für

#### (a.) wissenschaftliche Zeitschriften

1. [Döring, Holger &] Philip Manow (2016) Is Proportional Representation more favourable to the left? Electoral rules and their impact on elections, parliaments and cabinet formation, *British Journal of Political Science* **46** (angenommen, im Satz; Annahmeschreiben & Aufsatz als PDF unter B6 auf der CD Rom beigelegt).
2. [Döring, Holger &] Hanna Schwander (2015) Revisiting the Left Cabinet Share: How to Measure the Partisan Profile of Governments in Welfare State Research, *Journal of European Social Policy* **25**:2, 175-193.
3. [Emmenegger, Patrick &] Philip Manow (2014) Religion and the Gender Vote Gap. Women's Changed Political Preferences from the 1970s to 2010, *Politics & Society* **42**:2, 166-193.
4. Manow, Philip (2013) Die religiöse Konfliktlinie, die Spaltung der Linken und die Politische Ökonomie Südeuropas, *Leviathan* **41**:4, 541-573.
5. Manow, Philip (2015) Workers, Farmers, and Catholicism: A History of Political Class-coalitions and the South-European Welfare State Regime, *Journal of European Social Policy* **25**:1, 32-49.

### (II.) Nicht-referierte Beiträge für

#### (a.) wissenschaftliche Zeitschriften

6. Manow, Philip & Hanna Schwander (2013) Sozialstaatsreformen und ihr ‚elektoraler Fallout‘ – die SPD und die Agenda 2010, *ZeS Report* **2013**:2, 4-9.

### (III.) Vorliegende Manuskripte

7. Schwander, Hanna (2015) Labor Market Risks in Times of Welfare State Transformations, in: Melike Wulfgramm, Tonia Bieber & Stephan Leibfried, Hg. *Welfare State Transformations in the 21st Century: Effects on Social, Economic and Political Inequality in OECD Countries*, Basingstoke: Palgrave (*Transformations of the State Series*; im Erscheinen; als PDF unter B6 auf CD Rom beigelegt).
8. Schwander, Hanna & Philip Manow (2014) ‚Modernize and Die‘? German Social Democracy and the Electoral Consequences of the Agenda 2010, *Socio-Economic Review* (revisieren & resubmit; als PDF unter B6 auf CD Rom beigelegt; auch als Sfb-Arbeitspapier im Druck).

## 2.3 Weitere Literatur

- Arndt, Christoph (2013) *The Electoral Consequences of Third Way Welfare State Reforms: Social Democracy's Transformation and its Political Costs*, Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Cox, Gary W. (2009) Swing Voters, Core Voters, and Distributive Politics, in: Ian Shapiro, Suzanne C. Stokes, Elisabeth Jean Wood & Alexander S. Kirshner, Hg. *Political Representation*, Cambridge: Cambridge University Press, 342-357.
- Döring, Holger & Philip Manow (2014) Parliament and Government Composition Database (ParlGov): An Infrastructure for Empirical Information on Parties, Elections and Governments; s. <http://www.parlgov.org>
- Esping-Andersen, Gøsta (1999) *The Social Foundation of Postindustrial Economies*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Fervers, Lukas & Hanna Schwander (2015) Are Outsiders Equally Out Everywhere? The Economic Disadvantage of Outsiders in Cross-national Perspective, *European Journal of Industrial Relations* (im Erscheinen).
- Karreth, Johannes, Jonathan T. Polk, and Christopher S. Allen (2012), Catchall or Catch and Release? The Electoral Consequences of Social Democratic Parties' March to the Middle in Western Europe, *Comparative Political Studies* **46**:7, 791-822.
- Kitschelt, Herbert (2001) Partisan Competition and Welfare State Retrenchment. When Do Politicians Choose Unpopular Policies?, in: Paul Pierson, Hg. *The New Politics of the Welfare State*, Oxford: Oxford University Press, 265-302.
- & Steven I. Wilkinson (2007) *Patrons, Clients and Policies: Patterns of Democratic Accountability and Political Competition*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Kleinnijenhuis, Jan & Paul Pennings (2001) Measurements of Party Positions on the Basis of Party Programmes, Media Coverage and Voters Perception, in: Michael Laver, Hg. *Estimating the Policy Position of Political Actors*, London: Routledge, 162-182.
- Kriesi, Hanspeter Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschieer & Timotheos Frey (2008) *West European Politics in the Age of Globalization*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Morgan, Kimberly J. (2005) The „Production“ of Child Care: How Labor Markets Shape Social Policy and Vice Versa, *Social Politics* **12**:2, 242-263.
- (2013) Path Shifting of the Welfare State: Electoral Competition and the Expansion of Work-Family Policies in Western Europe, *World Politics* **65**:1, 73-115.
- Orloff, Ann Shola (1996) Gender in the Welfare State, *Annual Review of Sociology* **22**: 51-78.
- Thelen, Kathleen (2004) *How Institutions Evolve. The Political Economy of Skilly in Germany, Britain, the United States, and Japan*, Cambridge: Cambridge University Press.